

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

22. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 6. Juni 2013

(16.07 Uhr bis 23.20 Uhr)

6.3 Wahl einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat).....	32
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	33
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	35
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	37
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:	39
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	40
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER:	42
Stadtverordneter Luigi Brillante, Piraten:	43
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, RÖMER:	45
Stadtverordneter Jan Schneider, CDU:	48
7. Amtseinführung, Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung der/des gewählten hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat) gemäß § 46 HGO	48
Oberbürgermeister Peter Feldmann:	48
Stadtverordneter Jan Schneider, CDU:	49
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:	49
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	49
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	49
8.1 Demonstrationsfreiheit	50
Antrag der SPD gemäß § 17 (3) GOS vom 05.06.2013, NR 625	
8.2 Auch in Frankfurt gilt das Grundgesetz	50
Antrag der LINKE. gemäß § 17 (3) GOS vom 05.06.2013, NR 626	
8.3 Aufklärung der Vorgänge bei der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013	50
Antrag der LINKE. gemäß § 17 (3) GOS vom 05.06.2013, NR 627	
8.4 Verurteilung der polizeilichen Übergriffe am 1. Juni 2013.....	50
Antrag der LINKE. gemäß § 17 (3) GOS vom 05.06.2013, NR 628	

**Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Bernadette Weyland:**

Ich bitte Sie, nun den Amtseid zu leisten.

Stadtverordneter Jan Schneider, CDU:

Ich schwöre, dass ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen sowie alle in Hessen geltenden Gesetze wahren und meine Pflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Bernadette Weyland:**

Herr Schneider, ganz herzlichen Glückwunsch im Namen des gesamten Hauses.

(Beifall)

Stadtverordneter Jan Schneider, CDU:

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für die Unterstützung derer, die mich gewählt haben, bedanken. Das freut mich sehr. Ich weiß, dass Sie mir damit eine große Verantwortung in die Hände legen. Ich weiß auch, dass die Diskussionen in den letzten Wochen turbulent waren. Ich werde hart daran arbeiten, dass die, die mir heute die Stimme nicht geben konnten, in Zukunft mit meiner Arbeit zufrieden sind und sie unterstützen können.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Bernadette Weyland:**

Ich möchte Ihnen noch einmal ganz offiziell im Namen der Stadtverordnetenversammlung gratulieren. Ich schließe den Tagesordnungspunkt. Jetzt hat jeder Gelegenheit zur Gratulation.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte nehmen Sie Platz, damit wir mit der Sitzung fortfahren können. Zunächst hat sich der Fraktionsvorsitzende der CDU zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr zu Löwenstein!

Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:

Sehr geehrte Damen und Herren, es tut mir leid, aber wir müssen eine mindestens einstündige Unterbrechung der Sitzung erbitten, weil wir Beratungsbedarf in der Fraktion haben.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Die CDU-Fraktion hat Beratungsbedarf und bittet um eine einstündige Unterbrechung der Beratungen. Herr Oesterling hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön!

Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt Protestbemerkungen von anderen Oppositionsfraktionen gehört, zum Teil auch aus meiner eigenen Fraktion. Wenn die CDU-Fraktion den Wunsch auf Sitzungsunterbrechung äußert, weil sie einen Beratungsbedarf von einer Stunde hat, dann ist es guter Brauch, dass man diese der CDU-Fraktion gewährt. Ich würde deshalb darum bitten, dem Folge zu leisten.

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Bitte schön, Frau Ditfurth!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Eine Stunde ist so viel, dass ich doch wenigstens bitte zu hören, was denn der Grund für einen Beratungsbedarf jetzt vor diesem Ta-

gesordnungspunkt ist. Wenn es um Blockupy-Verzögerung gehen sollte, hatten Sie Zeit genug, sich zu informieren. Was ist der Grund? Ist das ein Geheimnis oder wollen Sie mit Herrn Schneider saufen gehen?

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Die CDU-Fraktion hat bei diesem Punkt angekündigt, dass sie einen Beratungsbedarf hat. Im Hinblick auf das anschließende Fest hat mich Herr Schneider gebeten, darauf hinzuweisen - und seine Einladung wird sich damit doch ganz erheblich verzögern -, dass er im Anschluss an die Stadtverordnetenversammlung, die damit wahrscheinlich nach Mitternacht endet, alle Stadtverordneten und Magistratsmitglieder in das Restaurant TABLE, das ehemalige Schirn Café, einlädt. Es wird dann sehr spät. Ich unterbreche damit die Sitzung für eine Stunde.

**(Unterbrechung der Beratungen von
20.05 Uhr bis 21.04 Uhr)**

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hebe die Unterbrechung der Sitzung auf. Ich hoffe, dass die beratenden Fraktionen zu guten Ergebnissen gekommen sind und wir die Sitzung jetzt zügig fortsetzen können.

Tagesordnungspunkt 8.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8., Blockupy, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlagen NR 625 der SPD-Fraktion, NR 626, NR 627 und NR 628 der LINKE.-Fraktion sowie NR 629 der CDU-, GRÜNEN- und FDP-Fraktion. Die CDU-Fraktion hat als erste den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ich

nach der Aussprache über die Anträge abstimmen lassen werde. Das gibt nachher eine kleine Marathon-Abstimmung, aber es geht nicht anders, da noch einige Voten fehlen, die hier im Plenum bekannt gegeben werden. Der erste Wortbeitrag kommt von Herrn Dr. Seubert von der CDU-Fraktion. Sie haben das Wort, bitte schön!

Stadtverordneter Dr. Walter Seubert, CDU:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erst einmal zu Ihrer Frage: Ich glaube, wir haben ein gutes Abstimmungsergebnis erreicht. Ich werde gleich am Ende meiner Rede noch ein paar Worte dazu sagen.

Unsere Heimatstadt Frankfurt hat am vergangenen Samstag unschöne Bilder erlebt. Bilder, die wir bei uns nicht sehen wollen: Verletzte Demonstranten, verletzte Polizisten und Gewalt. Jedes dieser Bilder ist ein Bild zu viel. Nach den Erfahrungen des 31. März letzten Jahres mit dem schweren Angriff auf einen Polizeibeamten und erheblichen Sachschäden hatten wir alle gehofft, dass sich Frankfurt als weltoffene und tolerante Stadt darstellt und wiederfindet. Das gilt für alle, ob Demonstrationsteilnehmer, Unbeteiligte, Polizisten, Geschäftsinhaber, für die Frankfurter Stadtbevölkerung in ihrer Gesamtheit. Insofern ist es nach der Berichterstattung über die Demonstration am Samstag nachvollziehbar, dass in der Frankfurter Stadtgesellschaft und darüber hinaus eine Diskussion über die Gewaltfreiheit von Demonstrationen, über die Ursachen und über die Lehren für künftige Demonstrationen geführt wird. Am vergangenen Montag haben wir in diesem Plenarsaal, als wir den Ausschuss für Recht, Verwaltung und Sicherheit hierher verlegt haben, mit knapp 100 Anhängern des Blockupy-Bündnisses sowie Bürgerinnen und Bürgern rund vier Stunden intensiv debattiert und uns ausgetauscht. Wir haben viele Schilderungen über die Demonstrationsverläufe wahrgenommen und gehört. Diese Bilder und Geschichten rufen eine Betroffenheit hervor, umso mehr, sollten sie alle wahr sein. Aus diesem Grund halten wir als Frankfurter CDU eine umfassende Aufklärung und Aufarbeitung für wichtig und notwendig.

8.5 Resolution	50
Gemeinsamer Antrag der CDU, der GRÜNEN und der FDP gemäß § 17 (3) GOS vom 06.06.2013, NR 629	
Stadtverordneter Dr. Walter Seubert, CDU:.....	50
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	53
Stadtverordneter Mike Josef, SPD:	55
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	57
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	59
Stadtrat Markus Frank:.....	61
Stadtverordneter Martin Kliehm, Piraten:.....	63
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	65
Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:	68
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE.:.....	70
Stadtverordnete Odette Barbosa de Lima, GRÜNE:.....	71
Stadtverordneter Dr. Peter Gärtner, LINKE.:	72
Stadtverordneter Christian Heimpel, SPD:	73
Stadtverordneter Martin Kliehm, Piraten:.....	75
Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:	77
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	77
Oberbürgermeister Peter Feldmann:	78
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	79
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	80
9.1 Kein Flachstart-Verfahren über Frankfurt!	81
Antrag der RÖMER vom 30.04.2013, NR 599	
<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 5 vom 24.05.2013, OA 389	
<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 5 vom 24.05.2013, OA 390	
9.2 Flachstartverfahren am Frankfurter Flughafen verhindern	81
Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN gemäß § 17 (3) GOS vom 14.05.2013, NR 602	

können.“ Man hatte angeboten, verbotene Gegenstände abzulegen und sich durchsuchen zu lassen.

Wie ich gerade schon sagte, sehr früh kam die Durchsage, man könne am Main entlangziehen. Die Durchsage gab es nicht nur beim Kessel, sondern auch hinten beim Gewerkschaftsblock. Wir waren auch Demonstrationsbeobachter am 1. Mai, wo ein Polizeikessel mit 700 bis 800 Personen auf dem Gleisbett war. Wir haben gesehen, dass die Personalienfeststellung und das Durchsuchen der Personen fünf Stunden gedauert hat. Es gab dabei übermäßige Polizeigewalt, insbesondere von der Bundespolizei und von einigen Einsatzkräften aus Baden-Württemberg. Es gab zig Verletzte, davon einige Schwerverletzte. Zu behaupten, nach Feststellung der Personalien hätten die Demonstranten weiterziehen können, ist einfach ein Hohn und verachtet das, was am 1. Mai geschehen ist.

(Beifall)

Gleichzeitig wurde § 19 des Versammlungsgesetzes herangeführt. § 19 dient dem Schutz der Versammlung, nicht ihrer Blockade oder Auflösung.

Ich könnte noch einiges mehr sagen über Angriffe auf die Presse, Journalisten im Krankenhaus, Angriffe auf Sanitäter, Blockade des Rettungsdienstes, Behinderung von Anwälten und Abgeordneten in ihrer Mandatsausübung, über die Klage von Blockupy. Wieder werden Gerichte entscheiden, dass die Platzverweise ordnungswidrig waren. Ich möchte aber mit einer Frage von einer Freundin schließen, die gerade in Istanbul ist. Sie fragte: „Was ist da in Frankfurt am Main passiert? An wen wende ich mich in Zukunft, wenn ich Hilfe brauche? An die Polizei wohl nicht, an Anonymous?“

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

Stadtverordneter Martin Kliehm, Piraten:
(fortfahrend)

Wir müssen das Vertrauen in die Polizei wiederherstellen, und das geht nur mit einer eindeutigen Aufklärung in der Stadt wie auch im Land, wie so etwas in Zukunft vermieden wird.

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank! Die nächste Rednerin ist Frau Ditfurth, ÖkoLinX-ARL. Bitte!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Schönen guten Abend und schöne Grüße vom schwarzen Block!

Ich war am Samstag im neun Stunden andauernden Frankfurter Polizeikessel. Auf dem Weg zur Demonstration bin ich vom Nordend aus zu Fuß durch die Stadt und die Demonstrationsroute aus Jux verkehrt herum abgelaufen. Ich habe mich darüber gewundert, dass so wenig Polizei auf der Strecke war und dachte mir, heute wollen sie es tatsächlich nicht eskalieren lassen, um dann zu sehen, dass die Polizei an der Untermainbrücke zusammengezogen war. Ich kam dann auch prompt in den Kessel und die Zustände möchte ich nur mit einer kleinen Szene beschreiben.

Es gab für viele Stunden - das ist die Dixi-Klo-Lüge, die kamen nämlich erst nach Stunden - keine Toiletten. Wir haben uns mit Transparenten in einem Hauseingang, gegenüber des Schauspielhauses selbst ein halb offenes Klo gebaut. Viele haben über Stunden auch nichts getrunken, obwohl die Leute vom Schauspiel aus Solidarität Eimer mit Wasser runtergelassen haben - die waren sowieso richtig toll. Soviel zum Thema Menschenwürde versus Freiheitsberaubung, das heißt, man war nach acht Stunden wirklich halb ohnmächtig aufgrund der Zustände, nichts gegessen und getrunken zu haben und den anderen physischen Gegebenheiten

ausgesetzt gewesen zu sein. Die Falle war geplant, daran gibt es überhaupt nichts mehr zu zweifeln. Man konnte es auf der Strecke einfach erkennen.

Polizei und CDU hoffen, mit dem Begriff „Schwarzer Block“ einen Sabberreflex auszulösen, wie Pawlow beim Hund. An der Spitze der Demo ging, so war es im Blockupy-Bündnis nämlich vorher verabredet, der Antikapitalistische Block - das mag für Sie das Gleiche sein, aber das ist dann Ihre Wahrnehmung der sozialen Wirklichkeit -, zu dem neben vielen linken Gruppen und dem „... ums Ganze!“-Bündnis auch die Ökologische Linke und ÖkoLinX aufgerufen hatten. In diesem ersten Abschnitt war auch der erste Lautsprecherwagen - jeder, der einmal Demos organisiert hat, weiß, wie wichtig das ist. Ganz vorne in der ersten Reihe waren auch feministische Gruppen.

Die Ausreden der Polizei lauten jetzt, die Demonstranten hätten versucht, sich mit Styroporschildern, Sonnenbrillen und Regenschirmen vor dem Pfefferspray zu schützen. Die Polizei sagt, man dürfe sich aber nicht schützen, man habe sich ihrer Gewalt auszuliefern. Tolle Logik. Jetzt zeigen Frankfurter und hessische Polizei, etwas verwirrt über die doch heftige Kritik, mit den Fingern auf die bösen Kollegen aus Nordrhein-Westfalen und anderswo. Das hieße in der Konsequenz, dass die Polizeiführung in Düsseldorf oder das dortige Innenministerium beschlossen hätten, dass es in Frankfurt an dieser Stelle einen Kessel gibt. Sie sollten sich einmal auf irgendeine gemeinsame Lüge einigen, sonst wird es langsam lächerlich.

Ich muss, bei aller Kritik, die ich ansonsten gegenüber den Genossen der Linkspartei ausübe, die LINKE. wirklich loben. Sie hat sich erstklassig verhalten. Die LINKE. war bei der Demo nicht nur mit einem oder zwei Beobachtern, sondern mit richtig vielen Menschen anwesend. Landtags- und Bundestagsabgeordnete versuchten, die Leute im Kessel vor Polizeiübergreifen zu schützen, indem sie sich vor sie stellten, sie sind dann selbst weggezerrt worden. Mike Josef von der SPD hat sich korrekt verhalten. Ich war positiv überrascht, hoffentlich bleibt das so, Genosse. Vor Wochen aber säuselte der Oberbürgermeister, dass für gewaltfreie und friedliche Diskussionen Frankfurt der richtige

Ort sei. Wo war er denn aber? Apfelweintrinken beim Niederurseler Feuerwehrfest. Da fehlt jede demokratische Grundleidenschaft. Wenn so eine Demonstration in der Stadt stattfindet, geht man als Oberbürgermeister verdammt noch mal hin.

(Beifall)

Da nützt es nichts, würdevoll wie ein Storch herumzuschreiten. Wenn der Oberbürgermeister dann einmal nützlich sein könnte, hat er neun lange Kesselstunden keine Zeit.

Die GRÜNEN sind in der Stadtregierung und haben zwei Beobachterlein nach vorne in den Kessel geschickt. Das ist schon einmal nett. Sie wurden erst - und das kann man nachverfolgen, das ist schon fast komisch, satirefähig - aus ihrer Wochenendmuse aufgeschreckt, als sich alle Medien über die Vorgänge empört haben. Es drohte dann das Verpassen einer landtagswahltaktischen Gelegenheit. 24 Stunden nach dem Kessel - das ist von ihnen inzwischen streng protokolliert - schickten sie eine heldenhafte E-Mail seichten Inhalts an die Medien. Ich bin beeindruckt.

Bei der CDU ist alles wie immer. Boris Rhein rächt sich an Frankfurt und Markus Frank plappert alles nach, was die Polizei ihm souffliert. Als aber sogar die Polizeireporterin der FAZ - und jeder, der die Innenstrukturen kennt, weiß, was das bedeutet - und selbst die BILD-Zeitung - der Kollege hat selbst etwas abgekriegt, das erhöht den Lerneffekt, ich habe es ihm nicht gewünscht, aber wenn es die Sache befördert - von einer Falle sprachen, wurde der Dezernent unsicher und teilte mit, er wolle sich jetzt kundig machen. Wir haben heute von der Polizei gehört, ein Gespräch mit Blockupy oder Anwälten der Verletzten ist nicht geplant. Völlig klar ist, dass Rücktritte von Rhein, Frank und Thiel nicht kommen werden. Aber wir wissen doch sowieso, dass die Strukturen so bleiben, wie sie sind. Dann kommen halt die nächsten Pappnasen.

Jeder einzelne Polizist der ersten Hundertschaft - weil der Kessel neun Stunden dauerte, gab es drei Schichtwechsel dieser Hundertschaften - hatte an der Hüfte Pfefferspray gehabt. Inzwischen weiß man, dass durch den Einsatz von Pfefferspray nachweislich

auf der Welt mehrere Menschen getötet wurden. Pfefferspray verätzt Lungenbläschen und das lebenslang, das ist nicht rückgängig zu machen. Zurzeit wird sogar über eine mögliche Erblindung als Folge diskutiert. Das jüngste Kind, das am Samstag in diesem Kessel Gas in Augen und Mund bekam, war zwei Jahre alt. Das ist die Tochter einer Bekannten, deshalb weiß ich das definitiv.

Es gab vor dem Kessel, im Kessel und nach dem Kessel auch die klassisch primitive Art von Polizeiübergriffen, die ältere Linke seit Jahrzehnten kennen: Aus dem Nichts Fausthiebe ins Gesicht, Stiefeltritte gegen Kopf und Rumpf der zuvor Umgeknüppelten, beliebt waren auch Tonfa-Hiebe gegen den Unterleib. Das sind spezielle Knüppel, lassen Sie es sich erklären, Herr Frank. Diese Angriffstechnik ist sehr praktisch für die Polizei, weil Fotografen so einen Schlag nicht sehen, weil er unten stattfindet.

Ich hatte im Kessel viele Stunden Zeit. Ich habe dann teilweise in den Modus einer Sozialforscherin, die ich von Beruf bin, umgeschaltet und beobachtet, wie jeder Einzelne aus dem Block herausgezerrt wurde. Ich habe dann das Feld systematisch in Gruppen aufgeteilt und gefragt, wie werden die Leute behandelt. Mindestens jeder Dritte wurde gequält, manche wurden auch einfach rausgeführt, wurden nur eingehakt, aber nicht gequält. Etwas ist nämlich neu in Frankfurt: Die Polizei wendet bei Demonstranten, vor allem gegen junge Leute, systematisch eine spezielle Form von Gewalt an. Und so wie dieses Mal habe ich das noch nie in meinem Leben beobachtet.

Es handelt sich um folterähnliche Griffe, die unter wissenschaftlicher Anleitung beim Militär erprobt sind und inzwischen offensichtlich systematisch auch von Polizeieinheiten angewendet werden. Da werden mit Protektoren-verstärkten Handschuhen von hinten Nasen hochgerissen - wenn man auf Bildern nicht genau hinguckt, sieht das harmlos aus. Da sieht man dann, dass ein Finger in der Nase ist. Das sind höllische Schmerzen. Außerdem werden Druckpunkte am Hals gefunden, Handgelenke überdehnt und Schultergelenke ausgekugelt. Diese Überdehnungen von Sehnen, diese Beschädigungen von Weichteilen und Nervenquetschungen sind übrigens mittels MRT nicht festzu-

stellen, haben aber wochenlange Schmerzen zur Folge. Bei einigen Menschen bleiben, entgegen der üblichen Aussagen der Polizei, lebenslange körperliche Beschädigungen. Ich kenne solche Fälle zur Genüge.

Neben der körperlichen Strafe für politischen Protest geht es bei solchen folterähnlichen systematischen Eingriffen der Polizei um die gezielte psychische Traumatisierung nachfolgender Generationen. Die Polizei war vollkommen verummmt, der Staat war der schwarze Block. Vor allem waren die Spielräume groß, jeder Polizist konnte sich enthemmt austoben. Es gab keine Namensschilder und Nummern. Niemandem wird irgendetwas nachzuweisen sein, auch von Herrn Frank nicht. Dafür sorgt schon das gegenseitige Decken. Man kann die Polizisten auf den Fotos nicht individuell identifizieren. Die Einsatzleiter wissen natürlich, wer das war, werden das aber nicht sagen.

Der Anteil an sachlich oder demokratisch denkenden Polizisten - es gab ein paar, die versuchten, Leute zu retten oder zu warnen - war winziger denn je. Diese Polizisten hatten bei ihren Kollegen absolut nichts zu melden. Das war überaus deutlich und auch anders als früher. Was hier offensichtlich an Polizeikräften herangezogen wird, ist eine mental und körperlich hochgerüstete Armee des Inneren, die nicht einmal mehr vorgeben muss zu wissen, was Demokratie ist. Früher gab es noch Streit mit rechts wählenden Polizisten, die hatten noch einen Hass auf einen. Dieses Mal waren das eiskalte Technokraten, die nach dem Motto vorgegangen sind, wir seien sozialer Abschaum, den es fertig zu machen gilt.

Etliche zeigten tatsächlich - ich meine das ernst und nicht polemisch - eine faschistoide Mentalität. Diejenigen, die ich jetzt meine, wären ohne Einarbeitungszeit in jedem diktatorischen System einsetzbar.

Ich komme zum Schluss.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Sie haben noch eine Minute.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Ja, ich versuche es. Ich versuche, Ihnen in einer Minute zu erklären, warum Polizeiführung und Politik eine Demonstration verhindert und Verfassungsrechte vielerlei Art gebrochen haben. Erstens: In Zeiten der kapitalistischen Krise sollen kritische Generationen vom Protest abgehalten werden. Diese Kessel finden deshalb statt, um zu traumatisieren und zu strafen, wenn sie es trotzdem tun. Zweitens: Um den Preis unserer Freiheit und körperlichen Unversehrtheit sollte ein ganz bestimmtes Bild aus Frankfurt, einem Finanzzentrum mit der EZB, nicht um die Welt gehen, nämlich dass hier Zehntausende von Menschen die EZB kritisch protestierend umlagern. Dieses Bild hätte südeuropäischen jungen Leuten in Griechenland, Italien und überall auf der Welt gefallen. Dieses Bild sollte nicht überschwappen. Das politische Interesse war so stark, dass man dafür jetzt den internen Krach, auch innerhalb der Polizei und der diversen Innenministerien, führen will, weil das andere wichtiger war.

Nächstes Jahr wird der Neubau der EZB eingeweiht. Niemand kriegt uns klein, da sind wir wieder da.

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Frau Ditfurth! Der nächste Redner ist Herr Schenk von der FREIE WÄHLER-Fraktion. Bitte!

Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wer eine unvoreingenommene Aufklärung will, der muss auch unvoreingenommene und nicht präjudizierende Anträge stellen. Dies ist den Anträgen der SPD und der LINKE. so leider nicht beschieden, denn sie gehen in

ihrer Wortwahl schon von einem unverhältnismäßigen Polizeieinsatz aus. Allein deshalb finden Sie nicht die Zustimmung der FREIE WÄHLER-Fraktion, wir lehnen die Anträge NR 625, NR 626 und NR 628 ab. Anders verhält es sich mit dem Antrag NR 627 der LINKE., den wir außerordentlich begrüßen und der unsere Zustimmung erfährt.

Warum? Es wird beantragt, dass dem zuständigen Ausschuss dieser Stadt das entsprechende Videomaterial zur Verfügung gestellt wird. Auch wenn es rechtlich bedenklich sein sollte, fordern wir dies ebenfalls und zwar aus dem Grund, weil nur dann die unvoreingenommene Aufklärung möglich ist. Jetzt müssen wir natürlich auch über die subjektiven Beobachtungen sprechen. Der Kollege Kliehm hat von seinen gesprochen, Herr Josef wiederum von den seinen. Wir haben auch die eine oder andere Beobachtung gemacht. Dankenswerterweise hat der Kollege Dr. Seubert darauf hingewiesen, dass die Polizeibehörden über 900 sogenannte verbotene Gegenstände festgestellt haben.

Ich möchte den Begriff des verbotenen Gegenstandes nicht im Sinne des Waffengesetzes verstanden wissen. Es handelt sich da um selbst gebaute Hieb- und Stoßwaffen, angespitzte Schraubendreher, Selbstlaborate, Pyrotechnik und - der eine oder andere wird es mitbekommen haben, Sie waren teilweise selbst im Kessel - auch sogenannte Polenböllern - verbotenes Material, das auch im schlimmsten Fall zu einer lebensbedrohlichen Körperverletzung und damit zum Tod führen kann. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden nicht darüber - und Annette Rinn, Du musst das Zitat dann schon richtig wiedergeben -, dass ...

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Darf ich um etwas Ruhe bitten!

Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:
(fortfahrend)

... eine Großzahl an Claqueuren in einer ohrenbetäubenden Lautstärke geschrien hat

Resolution

Gemeinsamer Antrag der CDU, der GRÜNEN und der FDP gem. § 17 (3) GOS vom 06.06.2013, NR 629

Beschluss:

- I. 1. Nach Auffassung der Stadtverordnetenversammlung war der Polizeieinsatz gegen die Demonstranten am vergangenen Samstag völlig unverhältnismäßig.
2. Insbesondere die stundenlange Einkesselung von mehreren Hundert Demonstranten stellt einen klaren Verstoß gegen geltendes Recht dar und war in jeder Hinsicht überzogen.
3. Ebenso ist nicht nachvollziehbar, weshalb dem Demonstrationszug das von den Verwaltungsgerichten bestätigte Recht verweigert wurde, den Demonstrationszug auf der angemeldeten Route zu Ende zu gehen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt die in diesem Zusammenhang getroffenen Entscheidungen.

Die Berichterstattung über die Ereignisse im Zusammenhang mit der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 wirft auch die dringende Frage auf, wie es zu den genannten Fehlentscheidungen kommen konnte, die eine zügige Aufarbeitung und Aufklärung auf allen Ebenen erfordern. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, sich dafür einzusetzen, dass die notwendige Aufklärung von dem verantwortlichen Innenministerium vorangetrieben wird. Der Stadtverordnetenversammlung ist über das Ergebnis umfassend zu berichten. (NR 625)

II. Die Stadt Frankfurt steht unverbrüchlich zu Artikel 8 Absatz 1 des Grundgesetzes:

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. (NR 626)

III. Die Vorlage NR 627 wird abgelehnt.

IV. Wir, die demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, bedauern die Vorkommnisse am 1. Juni 2013 während der Blockupy-Demonstration zutiefst.

Wir finden es unerträglich, dass so viele Menschen an der friedlichen Ausübung ihres Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit gehindert wurden.

Wir unterstützen alle Bemühungen, die Vorfälle aufzuklären, die Verantwortlichen zu benennen und gegebenenfalls notwendige strafrechtliche Schritte einzuleiten. (NR 628)

V. Die Demonstrationsfreiheit ist elementar für eine lebendige Demokratie. Gewaltfreie Demonstrationen sind ein wesentlicher Teil der politischen Debattenkultur und tragen zu einem weltoffenen, toleranten und lebendigen Stadtklima bei. Vor dem Hintergrund der großen demokratischen Tradition müssen gewaltfreie Demonstrationen gerade in Frankfurt am Main möglich sein. Wir sehen es auch als unsere Aufgabe, dieses wichtige Grundrecht zu gewährleisten und zu schützen.

Darüber hinaus ist die Freiheit der Presse ein hohes und schützenswertes Gut. Bei einer Demonstration müssen eine ungehinderte Berichterstattung sowie der Zugang der akkreditierten Demonstrationsbeobachter gewährleistet sein.

Den Stadtverordneten ist die schwierige Aufgabe der Polizei, einerseits das Demonstrationsrecht zu wahren, deeskalierend zu wirken und auf der anderen Seite Straftaten zu verhindern und zu verfolgen, wohl bewusst.

Die Berichte über die Ereignisse im Zusammenhang mit der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 werfen jedoch dringende Fragen zur Verhältnismäßigkeit des Einsatzes auf, die eine zügige Aufarbeitung und Aufklärung auf allen Ebenen erfordern. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich dafür einzusetzen, dass die notwendige Aufarbeitung und Aufklärung auch von allen beteiligten Landesbehörden vorangetrieben wird, und der Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis umfassend zu berichten. Das Versammlungsrecht ist in Frankfurt am Main umfassend zu gewährleisten.

(NR 629)